Sonderabdruck aus der Deutschen Zeitschrift.
XIV. Jahrgang. Heft 11 und 12. 1901.

Der Kernpunkt der Polengefahr

von

Fritz Bley.

Preis 20 Pf.

Berlin 1901.
Gose & Tetzlaff, Verlagsbuchhandlung.

Die von Jahr zu Jahr sich verschärfende nationale Gefahr der Landflucht, die Abwanderung der leistungsfähigen ländlichen Arbeiter nach der Stadt, die steigende Belastung der ländlichen Gemeinden, die Anhäufung des beschäftigungslosen Proletariats in den Großstädten und die Polonisierung des westfälischen Bergwerksbezirkes sind in den nationalen Kreisen längst als eine der ernstesten Fragen unserer deutschen Zukunft erkannt worden. Aber leider bewegt sich die Erörterung dieser Frage noch immer in Geleisen, die fernab vom Ziele führen und auf Tendenzen zurückzuführen sind, die in höchst bedauerlicher Weise in diese Frage hineingetragen sind. Insbesondere trägt hieran die Schuld die meines Erachtens alle Thatsachen auf den Kopf stellende Darstellung, die Professor Max Weber bei seiner Bearbeitung der vom Verein für Sozialpolitik 1891/92 erlassenen „Enquête" im 55. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik gegeben hat, und der er auch auf dem Alldeutschen Verbandstage zu Berlin im Jahre 1893 einen mehr lebhaften als begründeten Ausdruck gegeben hat. Da diese Weber'schen Grundanschauungen in vielen sonst wohlmeinenden und aufrichtig vaterländisch denkenden Kreisen noch immer ihre Wirkung äußern, so erscheint es mir dringend notwendig, hier zunächst einmal die Weber'sche Auffassung in Kürze zu kennzeichnen. Gleich seinem Mitarbeiter Knapp vertritt Weber die Auffassung, daß der ostelbische Gutsherr dem russisch-polnischen Arbeiter wegen dessen geringeren Lohnanspruches den Vorzug gebe, daß dieser Ausländer deshalb den besser lebenden deutschen Arbeiter verdränge oder zu niedrigerer Lebenshaltung herabdrücke. In dem Berichte auf dem Alldeutschen Verbandstage wurde diese Auffassung begründet mit dem Hinweise auf die Zurückdrängung des Körnerbaues, die Einführung der Dreschmaschinen und die Ueberführung der Arbeiter von eigener kleiner Selbstwirtschaft zum Arbeitsverhältnisse in Geldlohnempfang, welch letzteres nicht nur von dem Gutsherrn, sondern auch von den Arbeitern für vorteilhaft erachtet wurde. Daher die Aufgabe des alten Instenverhältnisses gegen das Deputat- und Barlohnverhältnis. Dies habe zur Folge, daß sowohl die Arbeiter zu einer gleichartigen, proletarischen Klasse herabsinken, als andererseits sich die Grundherrn zu einer gleichartigen Unternehmerklasse ausbilden. Mit dieser Ausbildung der Klassenherrschaft sei aber auch der Klassenkampf ausgebildet, und da die Landflucht das einzige Kampfmittel der Landarbeiter darstelle, so machen sie von diesem rücksichtslos Gebrauch. Da es diesem Kampfe ganz an der Möglichkeit sittlichen Durchdringens persönlicher Beziehungen fehle, die die alte Feudalherrschaft immerhin aufwies, so habe für die Arbeiterschaft die Aufhebung der bisherigen Arbeitsverfassung zu einer schweren Schädigung ihres Nahrungsstandes geführt. An Stelle einer von Getreide, Milch und Fleisch sich ernährenden ländlichen Bevölkerung sei ein Kartoffeln essendes und Kartoffel-Spiritus trinkendes Proletariat getreten. Der Uebergang zum Hackfruchtbau habe dies insofern noch verschlimmert, als er den Bedarf an vorübergehenden Arbeitern erhöhte, wegen der Einführung der Maschinen dagegen den Bedarf an ständigen Arbeitern verringerte. Dies habe die Ausländer in das Land geführt, die dem Gutsherrn schon deswegen lieber gewesen seien, als die einheimischen

Arbeiter, weil sie bei ihrer dürftigen äußeren Lage ganz seiner Willkür preisgegeben seien. Daher sei der landwirtschaftliche Großbetrieb des Ostens ganz ebenso wie in Oesterreich der schlimmste Feind der Nationalität und der größte Beförderer der Polonisation geworden.

Die frühere patriarchalische Arbeitsverfassung habe den Nahrungsstand der ländlichen Arbeiterschaft und ihre soldatische Tüchtigkeit bewahrt, die jetzigen kapitalistisch organisierten Großbetriebe aber ruinieren den Nahrungsstand, die Nationalität und die Wehrkraft des deutschen Ostens. An einem solchen Grundbesitzerstande habe der Staat selbstverständlich nicht das geringste Interesse mehr. Wenn sie nicht existieren können, so gehöre ihnen der Hals umgedreht.

Schon bei dem damaligen Alldeutschen Verbandstage bin ich dieser Weber'schen Auffassung mit dem Hinweise entgegengetreten, daß *der Träger der Kultur in der Ostmark das deutsche Gut* sei und bleibe, und daß Herrn Weber's ganze Auffassung nicht nur auf einer vollständigen geschichtlichen Verkennung des Entwickelungsganges der östlichen Landarbeiterfrage, sondern insbesondere auch auf einer erstaunlichen Verkennung der sozialen Aufgaben des Großgrundbesitzes überhaupt beruhe. Nach Weber soll der Gutsherr der früheren Zeit eine ganz andere und zwar sehr viel humanere, geistige Verfassung gezeigt haben, als der der Gegenwart. Aus dem behaglich in seinem Herrschaftsbezirke ohne besondere Entwickelung des Erwerbssinnes dahin lebenden Landjunker hat sich nach Weber's Ansicht ein dem reinen Ertrage nachjagender Ausbeuter und Unternehmer entwickelt. Man pflegt derartigen Lobpreisungen der Vergangenheit sonst in nationalsozialen Darstellungen nicht zu begegnen, namentlich nicht bei der Beurteilung des Ursprungs der Hörigkeit. Sollte es wirklich dem Gesetze der Entwickelungslehre entsprechen, daß eine seit Jahrhunderten herrschende Herrenklasse sich niemals um ihre wirtschaftlichen Interessen bekümmert habe? Und will in Wirklichkeit Herr Weber uns einreden, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb des Ostens erst seit dem Uebergange des Körnerbaues zum Hackfruchtbau den Charakter der großkapitalistischen Unternehmung angenommen habe? Selbst das mittlere Bauerngut hat doch zu den Zeiten des reinen Körnerbaues bereits diesen Charakter in vorherrschender Weise aufgewiesen. Thatsächlich beherrschen vor wie nach die Gesichtspunkte des Erwerbes das gesamte Leben der landwirtschaftlichen Provinzen, und ein guter Teil der gerade diesen Provinzen eigenen Disziplin ist auf den als Unternehmertum sich kennzeichnenden Wirtschaftsbetrieb zurückzuführen.

Gerade in dieser Disziplin und in der Fähigkeit, mit den Fortschritten der Wissenschaft Schritt zu halten, den immer verwickelter werdenden wirtschaftspolitischen und kaufmännischen Ansprüchen der Neuzeit gerecht zu werden, ist aber der Großgrundbesitz für die östlichen Provinzen als führende Gruppe des landwirtschaftlichen Gewerbes geradezu unentbehrlich. Ganz abgesehen davon, daß auf dem Gebiete der Selbstverwaltung die aus dem Großgrundbesitz sich ergebenden Kräfte ganz unersetzbar erscheinen, würde schon aus rein technischen Gesichtspunkten das Verschwinden dieses Großgrundbesitzes den Niedergang des landwirtschaftlichen Gewerbes als solchen unweigerlich nach sich ziehen.

Ebenso falsch wie Weber's Auffassung von den sozialen Aufgaben des Großgrundbesitzes ist seine Beurteilung des noch heute trotz aller Russen und Galizier in der Ostmark obwaltenden Arbeitsverhältnisses. Mit vollster Entschiedenheit ist der Auffassung zu widersprechen, — die Verhandlungen der Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Vereine, die zu dieser Frage gehaltenen Parlaments-Reden, die ganze einschlägige, umfangreiche Litteratur,

sind ein einziger fortlaufender Beweis gegen jene Auffassung! — als ob die Aufhebung der Seßhaftigkeit der Landarbeiter, die Umwandlung des Instenverhältnisses in ein Deputat- oder reines Lohnverhältnis, von den landwirtschaftlichen Unternehmern als in ihrem Interesse liegend erachtet werde. Im Gegenteil ist man sich in diesen Kreisen widerspruchslos darüber klar, daß neben den üblen Begleiterscheinungen der Freizügigkeit — Lasten der nach dem Unterstützung-Wohnsitz-Gesetz den armen ländlichen Gemeinden verbleibenden Alters- und Invaliden-Fürsorge, Erziehungskosten der nach erfüllter Schulpflicht abwandernden Jugend, Fürsorge für die vor Erwerb eines neuen Unterstützungswohnsitzes zurückkehrenden betrogenen Mädchen und ihre außerehelichen Kinder, Straflosigkeit des Kontraktbruches u. a. m. — nichts so sehr die sittlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Land-Arbeiterschaft erschüttert habe, als der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur reinen Geldlöhnung, den die manchesterliche Anschauung der Freihandelszeit uns gebracht hat. Allgemein wird in landwirtschaftlichen Kreisen die Thatsache bedauert, daß seitens eines großen Teiles der Bevölkerung die Kaufkraft der städtischen Löhne auf Kosten der im Deputat-Verhältnis und namentlich im alten Instenverhältnis gegebenen Naturalleistungen weit überschätzt wird[1]). Der verhängnisvolle Irrtum der Abwandernden besteht zumeist darin, daß sie den Barerlös, der doch nur den geringsten Teil ihres ländlichen Einkommens darstellt, in Vergleich stellen mit dem für sie verlockend hohen Bareinkommen in städtischen Verhältnissen. Die Enttäuschung stellt sich meistens zu spät ein, wenn die Frauen nämlich erkannt haben, daß von diesen so verlockend hoch erscheinenden Löhnen nur herzlich wenig für des Leibes Nahrung und Notdurft übrig bleibt, nachdem die städtische Wohnung, das Brennmaterial u. s. w. bezahlt sind. Sehr zutreffend wies diesbezüglich der Abgeordnete Stöcker in der Sitzung des Reichstages vom 14. 11. 1900 darauf hin, daß selbst in den von der Berliner Inneren Mission zur Linderung der Wohnungsnot gebauten Häusern der Arbeiter den vierten Teil seines Lohnes verwohne; und der Sozialist Rosman erklärte in der 197. Sitzung derselben Reichstagssession, daß in den Industriegegenden die Steigerung der Löhne, die der wirtschaftliche Aufschwung mit sich brachte, vollständig aufgehoben sei, nicht sowohl durch die Steigerung der Lebensmittelpreise, sondern vor allen Dingen durch das Steigern der Wohnungsmieten. Aber auch die städtischen Lebensmittelpreise haben infolge der Schlachthofabgaben, der Mieten und der hohen Verdienste des Zwischenhandels gegen ländliche Verhältnisse eine große Steigerung erfahren. Dazu kommt die unzweckmäßige Art des Einkaufes. Die Kartoffeln, welche die Familie auf dem Lande in Hülle und Fülle hatte, muß sie in kleinen Posten um teures Geld im Grünkramladen kaufen. Während sie auf dem Lande aus dem Deputat-Roggen oder dem Lohn-Drusch ihr eigenes Brot buk, muß sie dies in der Stadt teuer bezahlen, und dabei hat es nicht die Nährkraft des guten Landbrotes. Milch, die auf dem Lande bei der freien Kuhhaltung täglich für die Kinder vorhanden war, stellt sich in der Stadt für die Arbeiterfamilie als ein kostbarer Luxus-Artikel dar, und wieviel Geld nach der Befriedigung all' der hohen Ansprüche, die das städtische Leben bezüglich der Kleidung u. s. w. an die Arbeiterfamilie stellt, dann noch für Fleischnahrung übrig bleibt, ist leicht zu ermessen. Manch eine solche Familie hat sich zurückgesehnt nach den ländlichen Verhältnissen, wo sie ihr Schweinchen mästen konnte und im Vergleich mit der städtischen

[1]) Vergl. Fritz Bley: Städtische und ländliche Lebenshaltung der Arbeiter. Nr. 24 der Volkswirtschaftl. Beilage der „Täglichen Rundschau". 1900.

Wohnung behaglich und gesund wohnte. Leider finden in den seltensten Fällen die abwandernden Familien den Mut, in die gesünderen, ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. Ammon hat Recht, wenn er sagt, das städtische Leben wirke auf die Arbeiter wie Alkohol. Seitens der Gutsbesitzer ist dies längst mit großem Bedauern erkannt. Ebenso ist man sich in diesen Kreisen vollkommen über die eigentliche Fehlerquelle in der ganzen Landarbeiterfrage klar. Ich kenne eigentlich keine geschichtliche Abhandlung über diese Frage, die nicht mehr oder weniger scharf darauf hinwiese, daß die Loslösung des Landarbeiters von der Scholle, wie die Deklaration vom 29. Mai 1816 sie brachte, als die Quelle der Arbeiternot zu erkennen ist. Gegenüber den national-sozialen Doktrinären muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß alle weiteren Entwickelungsstufen in der Landflucht sich als logische und unabwendbare Folge der Deklaration von 1816 erwiesen haben. Nachdem man dem Arbeiter das freie Verfügungsrecht über seine Person und seine Arbeitskraft gegeben hatte, verstand es sich bei dem herrschenden individualistischen Zuge ganz von selbst, daß der Arbeiter bestrebt war, seine frei gewordene Arbeitskraft gegen dasjenige Zahlungsmittel zu verwerten, in welchem er den vollkommensten Ausdruck individueller Unabhängigkeit erkannte: nämlich Bargeld. Als dann das Einzugsgeld in die Städte fiel und mit der Errichtung des Deutschen Reiches die Freizügigkeit eingeführt wurde, verstand es sich wiederum von selbst, daß die Arbeiterschaft dahin strömte, wo sie, nicht vom Standpunkte der Familie, der Gemeinde oder gar des Staatswohles aus ihr Dasein am sichersten begründete, sondern vom rein individuellen Standpunkte aus ihre Arbeitskraft am höchsten beziffert fand. Daß das Spiel dieser blinkenden Ziffern eine ebenso große Enttäuschung in sozialer Beziehung in sich barg, wie es letzten Endes eine Gefährdung des Staatswohles bedeutet, wurde nur von wenigen einsichtigen Arbeitern erkannt.

Es ist daher nichts falscher, als wenn Herr Max Weber in der gekennzeichneten Weise die Landflucht als eine Folge der Heranziehung russisch-polnischer Arbeiter darstellt. Ich habe ihm schon damals auf dem Alldeutschen Verbandstage entgegengehalten, daß man namentlich in Ostpreußen sich nur außerordentlich widerwillig zur Heranziehung russisch-polnischer Arbeiter verstanden hat. Denn im Gegensatz zu der von Herrn Weber vertretenen Auffassung hat man aus der Praxis in den östlichen Provinzen erfahren, daß diese ausländischen Wanderarbeiter mehr als jede andere Arbeitergattung zum Kontraktbruch neigen, und daß ihre Arbeitsleistung sich sehr viel teurer stellt als die der einheimischen Arbeiter. Nun sind es aber doch nicht nur die größeren Güter, welche von der Arbeiternot betroffen werden, sondern sehr viel mehr noch als diese leidet der mittlere und kleinere Besitz. Der Bauer der reindeutschen Gegenden, wie z. B. im Ermlande und Samlande, in Nathangen, Pommern, Mecklenburg u. a. m., ist ja ganz außer stande, mit dem fremden Volke auszukommen. Er kann sich weder mit diesem verständigen, noch ist er in der Lage, es an seinen Tisch zu nehmen, wie er das sonst mit den Knechten von der eigenen Volksart gewohnt war. Nur die äußere Not hat überhaupt die Landwirte des Ostens dazu bewegen können, zu dem in jeder Beziehung fragwürdigen Ersatze der ausländischen Arbeiter zu greifen.

Die national-sozialen Theoretiker stellen aber nicht nur die Gründe, sondern auch den äußeren Verlauf des ganzen Wanderungsprozesses verkehrt dar, wenn sie von einer Verdrängung des deutschen Arbeiters durch ausländische Polen sprechen. In Wirklichkeit hat sich die Entwickelung vielmehr so abgespielt, daß die schnelle Industrialisierung des Westens die ländliche

Arbeiterschaft der nächstgelegenen Bezirke ansog. Die dortige Landwirtschaft sah sich daher gezwungen, sich nach Arbeiterersatz östlich der Elbe umzusehen. So wurde die ursprünglich sich nur auf die Rübengegenden richtende Sachsengängerei verallgemeinert zu einer Abwanderung der ostelbischen Landarbeiter auf die mitteldeutschen und westdeutschen Güter. Sehr bald aber genügten der rheinisch-westfälischen Industrie auch die ländlichen Arbeiter ihrer Gegend nicht mehr, sie sah sich daher zur unmittelbaren Einführung von ostelbischen Arbeitern gezwungen. Die neueren Erhebungen lassen es ja außer allem Zweifel erscheinen, daß die Polonisierung weiter Bezirke Westfalens auf derartige direkte Einführung polnisch redender Arbeiter zurückzuführen ist. Was blieb denn bei dieser Sachlage der ostelbischen Landwirtschaft übrig, als auch ihrerseits Arbeiter daher kommen zu lassen, wo die einzige Quelle an Bevölkerungs-Ueberschuß für sie noch gegeben war, nämlich aus ihren nächsten Hinterländern: Russisch-Polen und Galizien?

Zu welcher Erschütterung unseres nationalen Besitzstandes diese schleichende Völkerwanderung führt, kommt allmählich auch den Fernerstehenden zum Bewußtsein. Seit Jahren bemühen sich ernste Vaterlandsfreunde, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese schwere Gefahr zu lenken. Noch in jüngster Zeit sind einige Veröffentlichungen erfolgt, die jede für sich ernste Beachtung verdienen. Die ungeheure Bedeutung der Landflucht für die Wehrkraft unseres Vaterlandes ist noch kürzlich von dem General der Infanterie z. D. v. Blume in den Preußischen Jahrbüchern dargelegt worden. Wer mit diesem hervorragenden Kenner in der Ueberzeugung übereinstimmt, daß die schnelle Entvölkerung des Landes „die Zukunft der deutschen Nation einem trügerischen schnell vergänglichen Glanze der Gegenwart opfern" würde, der sollte doch ohne Rücksicht der Parteistellung mit uns bemüht sein, die Frage etwas ernster und tiefer aufzufassen, als es der herkömmlichen Schablone einer leider sehr beliebt gewordenen Vereinsmeierei entspricht.

Wie furchtbar die Schädigung der Volkskraft in unserer Ostmark zurückwirkt auf deren wirtschaftliche Lebensfähigkeit, haben die Ergebnisse der neueren Berufsstatistik erwiesen. Das Gesamtbild stellt sich, wenn man die Ergebnisse der Berufsstatistik mit jenen der Bevölkerungsstatistik vergleicht, so, daß trotz des Geburten-Ueberschusses der östlichen Provinzen deren Bevölkerung schon in der Zeit von 1885 bis 1895 kaum gewachsen, in Ostpreußen sogar recht bedeutend zurückgegangen ist. Es ergab sich darnach schon in jenem Jahrzehnt ein Bevölkerungsverlust durch Abwanderung von ca. 14%, der bei den Landarbeitern erheblich höher zu veranschlagen ist, da bei diesen nicht nur die Abwanderung in fremde Provinzen, sondern auch der Zuzug in die größeren Städte der eigenen Provinz in Betracht kommt. Unzweifelhaft hat 1/5 bis 1/4 der Landarbeiter aus den vier östlichen preußischen Provinzen schon in dem genannten Jahrzehnt den Wanderstab ergriffen und ist nur teilweise durch den ländlichen Nachwuchs ersetzt worden, denn auch der größte Teil dieses Nachwuchses folgt dem von den älteren Brüdern und Schwestern gegebenen Beispiele. Daß diese Erklärung zutreffend ist, beweist die amtliche Veröffentlichung, die über die Altersgliederung seit 1882 im deutschen Reiche das Folgende sagt:

„Für die Angestellten und Arbeiter ergiebt sich eine Vermehrung in jeder Altersklasse für Industrie und Handel; in der Landwirtschaft gilt dies nur für die Arbeiter unter 20 und über 70 Jahren und durchweg für die Angestellten, sonst sind dagegen die landwirtschaftlichen Arbeiter weniger geworden[1])."

---

[1]) Stat. d. D. R. N. F. III, S. 147.

Mit dem Jahre 1895 aber, von dem an infolge der Syndikatsbildungen und der steigenden Aufträge für Heer und Flotte u. a. m. der erst jetzt abflauende industrielle Aufschwung und damit eine erneute und verstärkte Nachfrage nach Industriearbeitern einsetzte, hat sich die Abwanderung noch ganz wesentlich verschärft. In Ostpreußen allein stieg sie von 49 181 Köpfen in 1895 auf 56 801 Köpfe in 1897, und dem Anscheine nach ist diese Steigerung eine stetige bis zum Schluße des Jahrhunderts geblieben. Die Ergebnisse der neuesten Volkszählung, bei der ja Sprache und Beruf besser als früher berücksichtigt sind, werden uns zweifellos ein erschreckendes ziffernmäßiges Bild bieten. Ist es doch den Kennern der ländlichen Verhältnisse bekannt, wie sehr durch diese Abwanderung in den östlichen Provinzen der gesamte Betrieb der Landwirtschaft in Frage gestellt ist.

Wie ernst die Gefahr einer vollständigen nationalen Veränderung unseres Volkskörpers ist, die durch diese von der neueren Gesetzgebung herbeigeführte und von der bisherigen Wirtschaftspolitik begünstigten Binnenwanderung bewirkt wird: dafür bieten einige neuerdings erfolgte Veröffentlichungen sehr schwerwiegende Beweise. Allerdings wird man die volle Breite der Bewegung auch in dieser Beziehung erst nach den Ergebnissen der Volkszählung übersehen können; aber für einzelne, besonders bemerkenswerten Gegenden liegen die nötigen Erhebungen vor. Das Königl. Oberbergamt zu Dortmund hat nach Vereinbarung mit dem Verein für die bergbaulichen Interessen eine „Nachweisung der Ausländer, der polnisch sprechenden Inländer und der aus Russisch-Polen eingewanderten Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirkes Dortmund nach der Erhebung vom 16. Dezember 1897, ferner eine Zusammenstellung der auf den Vereinszechen am 1. Juli 1898 beschäftigten Bergleute“ herausgegeben. Und der Gauverband Rhur und Lippe des Alldeutschen Verbandes hat kürzlich eine Nachweisung der auf den Bergwerken des Oberbergamtsbezirkes Dortmund am 31. Dezember 1898 beschäftigten preußischen Polen veröffentlicht.

Veranlassung zu dieser sehr dankenswerten Veröffentlichung dürften wohl in erster Linie die Herner Krawalle gegeben haben, die es auch dem Blindesten klar gemacht haben müssen, wie wenig diese polnischen Landeskinder, mit denen man in ihrer Heimat bis dahin vortrefflich fertig geworden war, geeignet erschienen, die westfälischen Verhältnisse zu verbessern — aus begreiflichen Gründen! Der Richtigkeit dieser Auffassung wird sich der Leser der im Verlage von J. F. Lehmann in München erschienenen Schrift über „Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirke“ um so weniger entziehen können, als ein Blick auf die vom Herausgeber entworfene, sehr anschauliche Bevölkerungskarte des heutigen Westfalens ihm zeigt, daß das Revier Herne mit einer polnischen Bevölkerung von 48—51% noch keineswegs das am meisten polonisierte Gebiet darstellt. Vielmehr sind im Revier Gelsenkirchen bereits 57—58% der Bevölkerung Polen. Die Schrift kommt zu dem Schlusse, daß gegenwärtig rund eine viertel Million Polen in dem westfälischen Steinkohlenbezirke wohnen. Ich fürchte, daß die Ergebnisse der letzten Volkszählung ähnliche Verhältnisse auch für andere, nicht bergbauliche, Industriegegenden zeigen werden. Ungemein lehrreich ist die Untersuchung der genannten Schrift aber insofern, als das Anschwellen der polnischen Bevölkerung genau Schritt hält mit dem Ueberwuchern des Export-Industrialismus, das wir in der Zeit des nunmehr wohl überwundenen, in seinen höchst bedauerlichen Folgen leider viel zu wenig erkannten „Aufschwungs“ zu erkennen gehabt haben. Im Jahre 1890 gab es in Westfalen 9800 männliche, polnische Arbeiter; die

nächsten drei Jahre steigerten diese Zahl auf 17 919 und die nächsten vier Jahre brachten eine Verdoppelung, während die Belegschaften sämtlicher Zechen sich nur um 1/5 vermehrt hatten. Das Jahr 1898 erhöhte die Zahl bereits auf 154 600 Köpfe einschließlich der Familien, und bei der dem genannten Werke zu grunde liegenden Zählung vom 1. Januar 1900 befanden sich auf den Bergwerken des Oberbergamtsbezirkes Dortmund 69 379 Bergarbeiter aus den östlichen Provinzen. Rechnet man dazu mit dem Verfasser ca. 5000 in anderen westfälischen Industrieen beschäftigte Polen, so kommt man einschließlich der Familien auf die Gesamtziffer von mehr als einer viertel Million polnisch redenden Volkes im westfälischen Bezirke.

In dankenswerter Schärfe setzt der Verfasser auseinander, wie sehr diese zuwandernde polnische Bevölkerung in ihrem Vereinswesen organisiert, mit Volksbüchereien versehen ist, wo sie durch reichlichen Lesestoff und eine eigene Zeitung, den in Bochum erscheinenden „Wiarus Polski“, bei der großpolnischen Propaganda gehalten wird. Die rührige Thätigkeit der Sokol-Vereine ist in Westfalen nicht minder wirksam, als etwa in der Provinz Posen. Die Forderung nach polnischen Seelsorgern spielt bei allen Versammlungen neben der Forderung des polnischen Religions-Unterrichtes in der Schule eine Hauptrolle. Das polnische Wahl-Reglement für Westfalen und Rheinland läßt deutlich die großpolnischen Bestrebungen erkennen. Alles dies tritt, wie gesagt, in der Schrift mit dankenswerter Schärfe hervor und die als Anlage gegebene Liedersammlung, desgl. die Vereinsstatistik beweist, daß die Verfasser über die für das Deutschtum drohende Gefahr der großpolnischen Bewegung sich nicht der leisesten Täuschung hingeben. Umsomehr hat es mein Erstaunen erregt, daß die Schrift mit einem diesen Thatsachen wenig entsprechenden Optimismus sich von der Eindeutschung dieser einen viertel Million Polen Erfolg verspricht. Der Verfasser steht dabei auf dem Standpunkte, daß das stärkere Volkstum das schwächere aufsaugt, und er geht dabei von der ihm ganz selbstverständlich erscheinenden Voraussetzung aus, daß das deutsche Volkstum eben das stärkere sei.

Wenn man die Zerlassenheit des deutschen Wesens und den großen Einfluß der Sozialdemokratie auf unsere Industrie-Arbeiterschaft ins Auge faßt und damit die unverkennbare seelische Steigerungsfähigkeit vergleicht, welche das noch vor 30 Jahren so bedauerlich unterschätzte polnische Proletariat in der Bildung eines polnischen Mittelstandes in den östlichen Provinzen bewiesen hat, so wird man der rosigen Auffassung bezüglich der Eindeutschung der einwandernden Polen in Westfalen nicht beizupflichten vermögen. In der Verkennung dieser seelischen Steigerungsmöglichkeit des Polentums scheint mir überhaupt eine der größten Fehlerquellen in der Beurteilung der ganzen Polenfrage zu liegen. Selbst Fürst Bismarck war, als er nach seiner Entlassung die Abordnung aus der Provinz Posen empfing, die Thatsache noch vollkommen entgangen, daß sich in den letzten Jahren ein sehr ernsthaft aufstrebendes polnisches Bürgertum herausgebildet hatte.

Es ist ein geradezu verhängnisvoller Irrtum, das Slaventum für verbraucht zu halten. Im Gegenteile weiß es alle rein geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu sammeln unter den einen entscheidenden Gesichtspunkt seiner nationalen Zukunft. Und was seinem Volkscharakter an männlicher Straffheit abgeht, ersetzt ihm reichlich der Rückhalt an der zielbewußten Politik der Jesuiten, in deren Leitung die slavische Volksart eine unverkennbar große und gefahrbringende Zukunft hat.

Wie wenig dagegen die von Schulweisheit und politischem Aberglauben durchsetzte deutsche Denkweise befähigt erscheint, den gordischen Knoten der Polenfrage zu entwirren oder am Ende gar mit kühnem Schwerthieb zu durchschlagen, beweist ein Blick auf den inneren Widerspruch in den Vorschlägen, welche die landläufige öffentliche Meinung dazu zu äußern pflegt.*)

II.

Wer im vorigen Jahre die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses über den Antrag Gamp mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird sich darüber klar geworden sein, wie mannigfach die Maßregeln sind, die zur Linderung der Landflucht und damit der Polengefahr in Vorschlag gebracht werden. Was aus dem anfangs des letzten Jahrhunderts herrschenden manchesterlichen Geiste heraus auf dem Gebiete des Heimatrechtes und der Wirtschaftspolitik, der Verwaltung, der Sozialpolitik und sozialen Selbsthülfe verfehlt und versehen worden ist, wird eben nur äußerst mühsam auf allen diesen Gebieten einigermaßen wieder eingebracht werden können; und einen Erfolg wird man sich nur versprechen dürfen, wenn die Reichsregierung und die einzelnen Staatsregierungen unter dem Drucke immer bewußter hervortretender Forderungen des nationalen Gewissens zu einer Umkehr auf allen diesen gekennzeichneten Gebieten gelangen werden. Nur in einheitlich gedachter und planmäßig durchgeführter Reform können die zahlreichen Uebelstände beseitigt werden, die alle miteinander aus einer und derselben Fehlerquelle entsprungen sind: daß man nämlich seit der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung die Landarbeiterfrage lediglich vom Standpunkte des Arbeiters oder Arbeitgebers, nicht aber vom Standpunkte des Volkswohles aus beurteilt hat.

Nicht darum kann und darf es sich von unserem Standpunkte aus handeln, den Landarbeiter wieder durch äußeren Zwang „an die Scholle zu fesseln“, wohl aber darum, die ungebührliche Anreizung zur Abwanderung zu beseitigen und das Heimatgefühl im Landvolke zu stärken.

Nicht darum handelt es sich ferner, in dem Kampfe um die Arbeiterschaft, der zwischen der Industrie und der Landwirtschaft entbrannt ist, der einen oder der anderen Interessenten-Gruppe Vorschub zu leisten, sondern darum, der Verödung ganzer Provinzen entgegenzuwirken und zugleich der Ausbreitung des Volksgebietes der Polen mit rücksichtsloser Entschlossenheit die nötigen Grenzen zu ziehen.

Leider ist die öffentliche Behandlung der Frage in den weitaus meisten Fällen weit entfernt von dieser meines Erachtens allein richtigen Stellungnahme. Fassen wir zunächst einmal die positiven Vorschläge ins Auge, die zur Seßhaftmachung der Landarbeiter aufgetaucht sind. In erster Reihe steht die Forderung der Besiedelung der Ostmark mit deutschen Bauern, Kleinbauern und Eigenkäthnern. Gewiß wird jeder gut deutsch Denkende dem zustimmen. Es kann auch unter Wohlmeinenden kein Zweifel darüber herrschen, daß diese Besiedelung auf Kosten des jetzigen Großgrund-Besitzes in zwiefacher Hinsicht anzustreben ist: einmal durch Verminderung des polnischen Besitzstandes und zweitens durch Aufteilung des „in schwacher Hand“ befindlichen deutschen Besitzes bezw. Abverkauf einzelner Teile des letzteren. Es war deshalb mit besonderer Freude zu

*) Bezüglich der Schwankungen der preußischen Polenpolitik siehe die Schrift des Generalleutnants z. D. von Boguslawski: 85 Jahre preußischer Regierungspolitik in Posen und Westpreußen von 1815 bis 1900. Verlag von Gose & Tetzlaff, Berlin W. Preis 1,50 Mk.

begrüßen, daß durch das Gesetz über die Gewährung des Zwischen=Kredites der freiwilligen Parzellierung unter Ausschluß der immer bedenklich bleibenden Güterschlächter= und Parzellierungs=Banken freie Bahn eröffnet ist. Allerdings sollte man bei diesen Maßregeln nicht stehen bleiben, sondern dem Uebel durch Reform des Anerbenrechtes an die Wurzel gehen.

Was soll man aber dazu sagen, wenn gerade diejenigen Parteien, die neuerdings mit dem Anspruch auf ein besonderes Recht die Polenfrage als ihr eigenstes Kampfroß tummeln, zwar der Schaffung eines unabhängigen deutschen Bauernstandes in den Ostmarken das Wort reden, sich aber hartnäckig weigern, die Uebelstände in unserer Heimatgesetzgebung zu beseitigen, welche auch die Nachkommen der zu schaffenden freien Bauern zur Abwanderung in die Industrie=Centren veranlassen würden? Und was soll man ferner dazu sagen, wenn gerade diese Parteien sich hartnäckig weigern, dem landwirtschaftlichen Gewerbe, das doch die wirtschaftliche Grundlage der deutschen Besiedelung bieten muß, durch einen genügenden Zollschutz den Boden wiederzugeben, den die Politik Caprivis ihm entzogen hat? Täuschen diese Herren sich selbst oder wollen sie die Welt darüber täuschen, daß mit ihrer Wirtschaftspolitik die Erhaltung des Deutschtums in der Ostmark unvereinbar ist? Wollen sie sich selbst nicht darüber klar werden, oder wollen sie nur die Welt nicht zu der klaren Erkenntnis gelangen lassen, daß man nicht manchesterlicher Politiker und Polenbekämpfer in einem Atemzuge sein kann?

Das sollte sich vor allem auch die preußische Regierung gesagt sein lassen, die neuerdings vor der „Gefahr eines preußischen Prag in Posen" warnen zu sollen glaubt, aber in ihrer Wirtschaftspolitik Stein um Stein zum Aufbau eines solchen polnischen Prag herangetragen hat. Ich denke dabei in erster Linie gar nicht an die Gründung einer technischen Hochschule in Danzig, die dem polnischen Mittelstand gerade das bieten wird, was allein ihm bisher unter dem Schutze des schwarzen Adlers gefehlt hat: einen Sammelpunkt für die technisch studierende polnische Jugend von diesseits und jenseits der preußischen Grenze,[1]) — sondern ich meine den vom grünen Tische aus neuerdings mit so besonderer Vorliebe betriebenen Sport der Industrialisierung des preußischen Ostens, durch die man der Landflucht zu steuern sucht. Wohl verstanden: soweit es sich dabei darum handelt, die im Lande *vorhandenen* Rohstoffe mit den *vorhandenen* bezw. aus anderen Gegenden heranzuziehenden *deutschen* Arbeitern zu verarbeiten, wird jeder Verständige *solche* Begründung östlicher Gewerbethätigkeit aufs wärmste begrüßen und fördern müssen! Etwas ganz und gar anderes ist aber doch die Frage, ob es sich als ein nationales Verdienst darstellt, z. B. in Danzig eine auf Darstellung von Massen=Prozessen hinarbeitende Groß=Industrie ins Leben zu rufen, die mit *englischer* Kohle, *schwedischen* Erzen, *polnischen* Arbeitern und den an der Danziger technischen Hochschule herangebildeten *polnischen* Technikern Danzig zu *dem* machen wird, was es in den Wahnträumen der Sokol=Vereine und deren Liedern darstellt: zu der „nordischen Hochburg und Seepforte des Polen von Meer zu Meer!"

Ist man sich denn noch immer nicht darüber klar geworden, daß gerade der fortschreitende Arbeiterbedarf der Export=Industrie die Landflucht verschuldet? Und da hofft man, das Übel auszurotten, indem man durch Großpäppelung neuer Industrieen im Osten die Kraftquelle verstopft, die bis dahin immer noch am stärksten den Arbeiterbedarf der westlichen Industrie gespeist hatte?

[1]) Wer mir das nicht glauben will, sehe sich nur die Verhätschelung der Ausländer an anderen technischen Hochschulen an!

Der Erfolg würde lediglich der sein, daß das platte Land vollständig verödet und daß an Stelle des letzten Deutschen das nachdringende Slaventum sich breit macht. Man kann die Polengefahr nicht bekämpfen, wenn man sich nicht ernsthaft dazu entschließen kann, die Landwirtschaft neben der Industrie als gleichberechtigten, ja in ihrer sozial-politischen Bedeutung in erster Reihe stehenden Faktor unseres Erwerbslebens zu schützen, und zwar muß dieser Schutz sich nicht nur auf die Landwirtschaft als Gewerbe, sondern auch auf die Bauernschaft und den Gutsbesitzerstand in ihren derzeitigen Vertretern erstrecken. Ich glaube der Pflicht überhoben zu sein, zu beweisen, daß dieser Gutsbesitzer- und Bauernstand so wie er mit allen seinen Vorzügen und Fehlern ist, nicht durch Liebhaber-Landwirte aus Börsen- und Handelskreisen ersetzt werden kann, so klug diese Herren im Besitz ihres ererbten oder erheirateten Vermögens auch über die Landwirtschaft und die mangelnde technische Bildung ihrer Gutsnachbarn zu reden lieben.

Was nützen uns aber andererseits alle mit noch so großen staatlichen Mitteln angesetzten Königsbauern, wenn das von ihnen eroberte Gebiet rings um sie her aus den bisherigen Beständen wieder und immer entschiedener verloren geht? Der nötige Schutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und die Erhaltung des deutschen Besitzerstandes durch ein den östlichen Verhältnissen entsprechendes Anerbenrecht bilden deshalb neben der Fürsorge für die Landarbeit den Kern der ganzen Polenfrage.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte kürzlich (Nr. 282) einen sehr wertvollen Beleg für die Richtigkeit dieser Anschauung. In einem Aufsatze, der die wirtschaftliche Erstarkung des preußischen Polentums sehr richtig schilderte, wies sie nach, wie die unfruchtbare Vergeudung ökonomischer Kraft, die als hauptsächliche Ursache der Lebensunfähigkeit des ehemaligen Königreichs Polen angesehen wurde, einer zähen Arbeitsenergie der Polen und einem zielbewußten Vorwärtsstreben sowohl des Einzelnen als der in genossenschaftlicher Zusammenfassung ihrer Kraft erstarkten Gesamtheit Platz gemacht habe. Als typisches Beispiel hierfür führte der Verfasser die Verschiebung des polnischen und des deutschen Kleingrundbesitzes in der Provinz Posen während der letzten Jahre an. Darnach sind im Jahre 1897 übergegangen aus deutscher in polnische Hand: 1133 Besitzungen mit 6693 Hektar, aus polnischer in deutsche Hand dagegen nur 483 Besitzungen mit 2979 Hektar; im Jahre 1898: aus deutscher in polnische Hand: 954 Besitzungen mit 6190 Hektar; aus polnischer in deutsche Hand: 598 Besitzungen mit 3575 Hektar; im Jahre 1899: aus deutscher in polnische Hand 879 Besitzungen mit 6992 Hektar, aus polnischer in deutsche 560 Besitzungen mit 2735 Hektar.

Der Verlust der deutschen Hand betrug demnach beim Kleingrundbesitz:

1897:	650	Besitzungen mit	3714	Hektar
1898:	356	„ „	2615	„
1899:	318	„ „	4257	„
mithin innerhalb der drei letzten Jahre zusammen:	1324	Besitzungen mit	10586	Hektar.

Bei dieser Berechnung, welche nur die Besitzungen umfaßt, deren Größe weniger als 200 Hektar beträgt, sind Güter von einem Flächeninhalt von 200 Hektar und mehr, auch wenn sie infolge von Parzellierung in den Kleingrundbesitz übergegangen sind, außer Betracht gelassen, so daß diejenigen sehr zahlreichen bäuerlichen Besitzungen, welche in den letzten

drei Jahren durch Parzellierung größerer Güter seitens der polnischen Parzellierungsbanken neu entstanden sind, dem vorstehend angegebenen Zuwachs an polnischen und bäuerlichen Besitzungen noch hinzugerechnet werden müssen.

Zwar sind nun diesen Verlusten die durch die Ansiedelungs-Kommission und private Parzellierung neu gegründeten Bauernstellen gegenüber zu halten. Aber wenn man erwägt, daß die gesamte in Westpreußen und Posen von der Ansiedelungs-Kommission angesetzte Bauernschaft sich nur auf 24 000 Köpfe beziffert, so erkennt man, daß dies nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet.

So richtig nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dieses thatsächliche Ergebnis erkennt, so befremdlich ist die von ihr gezeigte Verkennung der Ursache der gekennzeichneten Verschiebung. Das offiziöse Blatt schreibt nämlich;

„Daß dieser alte deutsche Bestand zu einem erheblichen Bruchteil nicht mehr diejenige Kraft besitzt, welche ihm zu eigen war, als er mit Axt und Pflugschar aus dem Reiche herbeieilte, um inmitten einer polnischen Umgebung deutsche Dörfer zu begründen, ist leider eine nicht wegzuleugnende Thatsache. Mancherlei Gründe haben hierbei mitgewirkt, vor allem die Isolierung, in welcher sich ein großer Teil der deutschen Kolonien befand. Diese mußte um so drückender empfunden werden, je kraftvoller sich im Laufe der Jahre der polnische Nachbar entwickelte, und je stärker der Ansturm desselben in wirtschaftlicher und politischer Beziehung wurde. Hierdurch ging dem auf sich angewiesenen, von der Heimat getrennten und außer Zusammenhang mit derselben lebenden Deutschtum der Provinz vielfach die innere Festigkeit verloren, um sich in seiner Eigenart und seinem Besitze behaupten zu können. Zu einem nicht unbeträchtlichen Teile wurde der Deutsche von dem Polentum aufgesogen; wo er sich aber in seiner Nationalität erhalten hat, ist er im Kampfe gegen die auf ihn hereinstürmenden Gewalten erlahmt und sucht sich seines Besitzes zu entäußern, um in der Heimat unter Deutschen ein ruhigeres und behaglicheres Dasein führen zu können."

Kann man mit weniger Worten eine vollständigere Verzeichnung des thatsächlichen Verlaufs geben? Wodurch verdrängt denn der Pole den Deutschen? Doch nur dadurch, daß er den Besitz erwirbt, auf dem der Deutsche sich nicht mehr zu halten vermochte. Der Deutsche verkauft, weil er verkaufen muß, wenn er nicht noch das Letzte verlieren will, da das landwirtschaftliche Gewerbe sich nicht mehr rentiert. Er würde ja gern seine Scholle an einen Deutschen verkaufen, aber es findet sich kein deutscher Käufer und so bleibt ihm nichts übrig, als an den Polen bezw. an die polnische Bank zu verkaufen. Der Pole aber kann, wie ja auch Herr Professor Max Weber zugiebt, da, wo der Deutsche nicht mehr sein Auskommen findet, sich durchhungern; findet er für sein Getreide keinen anderen Markt mehr, so verwertet er es da, wo sein Preis unbeeinflußt von allen Schwankungen des Weltmarktes bleibt: im eigenen Magen.

Sieht man denn noch immer nicht ein, zu welcher Zerstörung aller Grundlagen unseres nationalen Lebens die bisherige Wirtschaftspolitik führt? Graf Caprivi handelte doch wenigstens folgerichtig, als er mit der linken Hand der polnischen Wühlarbeit und mit der rechten Hand dem russischen Roggen die Thüren öffnete. Die jetzige Politik aber, die mit dekorativem Beiwerk die Polen bekämpfen will, ohne sich ernsthaft zur Aenderung unserer Wirtschaftspolitik, ja auch nur zur Anerkennung der eigentlichen

Ursache des wirtschaftlichen Krebsschadens entschließen zu können, ist einfach — sagen wir: widerspruchsvoll.

Dasselbe gilt leider von der Beurteilung der städtischen Bevölkerungs-Verschiebung. Auch bezüglich dieser stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fest, daß der deutsche Bürgerstand durch den polnischen verdrängt wird. Aber nirgends lesen wir eine offiziöse Anerkennung der Thatsache, daß der Ruin des deutschen Mittelstandes durch die großkapitalistische Ausbeutung den Nährboden gebildet hat, auf dem das Polen-Proletariat sich zu einem Bürgerstande in die Höhe schmarotzern konnte. Und nirgends lesen wir einen Hinweis, daß gerade die kulturelle Arbeit des preußischen Staates an den Polen ihm von diesen mit bitterem — fast möchte man sagen: verdientem — Undanke vergolten ist. Ohne die Zulassung der Polen zu unseren staatlichen Lehranstalten gäbe es heute keine polnischen Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Techniker und Handwerksmeister und damit keine weltlichen Führer der polnischen Revolution. Die Forderungen, die aus dieser Erkenntnis sich ergeben, liegen doch wirklich auf der Hand: die preußischen Schulen werden von dem preußischen Volke nicht dazu unterhalten, dem Polentum die geistigen Waffen gegen die deutsche Kultur und Vorherrschaft zu liefern. Aber die Erfüllung der hieraus sich ergebenden Forderungen würde freilich nicht zu den gewünschten Zielen führen, wenn nicht gleichzeitig die gesunde wirtschaftliche Grundlage des deutschen Bürgerstandes wiederhergestellt würde.

Wie eingangs gesagt, läßt sich der tief eingefressene politische Schaden nur beseitigen, wenn auf allen wirtschaftlichen, sozialpolitischen und verwaltungsmäßigen Wegen das Ziel der Reform angestrebt wird.

Auch in der Landarbeiterfrage bildet unsere Wirtschaftspolitik insofern den letzten entscheidenden Kernpunkt, als nur durch Hebung des landwirtschaftlichen Gewerbes die Bauern und Gutsbesitzer in den Stand gesetzt werden können, ihre Arbeiter dauernd auskömmlich zu entlöhnen. Im übrigen muß man aber im Auge behalten, daß von einer höheren Verwertung der Arbeitskraft im Industrielohne gegenüber dem ländlichen Deputatverhältnisse durchschnittlich gar nicht die Rede sein kann, und daß die ganze Frage überhaupt für den einzelnen Landarbeiter gar nicht besteht! Sie besteht in bitterstem Ernste für die Landwirtschaft als Gewerbe und für den Staat in sozialer und politischer Beziehung, und sie besteht letzten Endes auch für die Gesamtheit der Arbeiterschaft, der wahrlich kein guter Dienst mit der übermäßigen Ansammlung von Arbeitern in den Industriebezirken erwiesen wird, in denen bei fallender Geschäftslage dann Tausende entlassen und brotlos werden, wie das jetzt wieder geschieht. Sie besteht endlich in bitterstem Ernste für die von den genannten üblen Folgen betroffenen Gemeinden. Lediglich vom Standpunkte des Staatswohles aus darf daher die Frage angesehen werden.

In welchen Widerspruch verrennt sich aber auch in dieser Beziehung die öffentliche Erörterung! Die Mehrzahl der Gebildeten in Deutschland hält unverkennbar an der Forderung der unbedingten Freizügigkeit fest. Sie fordert andererseits, daß das deutsche Volksgebiet von fremdsprachlichen Eindringlingen frei gehalten werde. Die Unvereinbarkeit beider Forderungen springt doch in die Augen! Wenn dem Westen die Freizügigkeit recht ist, so muß sie dem Osten billig sein. Gestattet man die Abwanderung der Ostelbier, so muß man auch die Zuwanderung russischer und österreichischer Arbeiter nach den Ostprovinzen gestatten. Es ist doch ein unerlaubter Mangel an Folgerichtigkeit, den Ersatz abwandernder preußischer Polen durch zuwandernde russische Polen als eine erstklassige

nationale Gefahr, die Verslavung von Westfalen aber als eine harmlose und durch Eindeutschung verhältnismäßig schnell zu überwindende vorübergehende Erscheinung zu bezeichnen, wie das jetzt Mode geworden ist.

Die Verfasser der erwähnten Schrift des Alldeutschen Verbandes sind sich hierüber augenscheinlich klar, denn sie betonen als Voraussetzung der Eindeutschung, daß die Polen wenigstens dauernd im Bezirke bleiben.

„Gelingt die dauernde Ansiedelung der Polen nicht, wird die dauernde Rückströmung nach dem Osten und der Ersatz der Zurückgekehrten durch neuen Zuzug nicht unterbunden, erhält die dezimierte Schlachtlinie der Polen durch frischen Zuzug, der sich in die Lücken einschiebt, stets neue Widerstandskraft, so wird das Deutschtum Sorge tragen müssen, unter Anwendung starker Mittel den Kampf abzukürzen. Es wird nicht genügen, die allzu üppig emporschießenden Schößlinge des Unkrautes Propaganda polonica sive antigermanica wegzuschneiden, sondern ganze Arbeit muß gethan werden. Das Pflänzlein muß aus dem Boden herausgerissen werden, aus welchem es seine Kräfte saugt.“

Ist es denn den Verfassern ganz entgangen, daß sie hier für die Industrie ganz genau dieselbe Forderung dauernder Niederlassung polnischer Arbeiter erheben, deren Berechtigung sie der Landwirtschaft bezüglich der ausländischen Arbeiter bestreiten? Die Forderung ist aber falsch in dem einen wie im anderen Falle und vom nurdeutschen Standpunkte aus durchaus zu verwerfen! Muß man schon zugeben, daß zur Zeit die Landwirtschaft die ausländischen Arbeiter gar nicht entbehren kann, so ist doch deren gänzliche Ausschließung anzustreben. Selbstverständlich kann dies aber nur geschehen, wenn die Gesetzgebung zuvor die Axt an die Wurzel legt und im Westen „den Ersatz der Zurückgekehrten durch neuen Zuzug unterbindet.“

Wer sich jemals mit den großen Fragen der Völkergeschicke beschäftigt hat, weiß, daß ein Volk nicht wächst, ja sich nicht einmal in seinem Bestande erhalten kann ohne Vermehrung seines Bodens. Mit Recht sagte Skobelew: „der Raum ist die Zukunft.“ Die Beschränkung des Polentums auf seine ursprünglichen Grenzen ist daher eine ganz unerläßliche Forderung im deutschen Belangen. Hand in Hand damit muß die Zurückdrängung der Landflucht auch der deutschen Arbeiter gehen.

Wie das durch vernünftige Wohlfahrtspflege auf dem Lande, durch Reform unseres Heimatrechtes und grundsätzliche Aenderung der Verwaltungspraxis, durch Bekämpfung des Kontraktbruches und Gesinde-Vermittlerunwesens, durch möglichste Rückkehr zur Naturallöhnung der Arbeiter und Schaffung kleinen Eigentums, namentlich im Arbeits-Pachtverhältnisse, mit einem Worte durch eine auf allen Gebieten planmäßige Leitung der Binnenwanderung und zielbewußte Besiedelungs-Politik geschehen kann oder doch könnte, das ist heute allen klar, die sich ernsthaft mit diesem wichtigsten nationalpolitischen und sozialen Fragenstoffe beschäftigt haben.

Nicht an der Erkenntnis der Mittel fehlt es, sondern — hier wie auf allen Gebieten des deutschen Lebens — an dem Willen, dem festen, entschlossenen Willen zum planmäßigen Aufbau des nationalen Staates.

Deutsche Zeitschrift

(XIV. Jahrgang des Deutschen Wochenblattes.)

Nationale Rundschau für Politik und Volkswirtschaft, Litteratur und Kunst,

herausgegeben von **Dr. Ernst Wachler.**

Die „Deutsche Zeitschrift" ist die **einzige Halbmonatsrevue mit einem Mitarbeiterkreise ersten Ranges,** welche **nationale** Grundsätze nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch in Kunst und Litteratur vertritt, und in der Pflege **heimatlichen Volkstums** und dem Wirken für eine **nationale Geisteskultur** ihre vornehmste Aufgabe sieht.

Da die Zeitschrift **für die Kräftigung und Ausbreitung des Deutschtums in Europa und über See** kämpft, so wird sie nicht nur den Landsleuten in Österreich, der Schweiz und Rußland, sondern auch denen in den überseeischen Kolonien zum Bezuge warm empfohlen.

Inhalt der Zeitschrift:

Politische, volkswirtschaftliche, sozialwissenschaftliche Aufsätze, ständige Berichte über die auswärtige und innere Politik des deutschen Reiches, Preußens, Süddeutschlands, Österreichs, kolonialpolitische Korrespondenz; Beiträge aus dem Gebiete der Landes- und Volkskunde.

Kulturelle und **philosophische** Beiträge.

Novellistische, lyrische, dramatische und **kritisch-ästhetische** Beiträge.

Das **Beiblatt** enthält ständige Theaterberichte aus Berlin, Wien, München, Stuttgart, Dresden, Frankfurt a. M. rc., Bücherbesprechungen und kleinere Notizen.

Sendungen für den Text deutlich auf einseitig beschriebenen Papier und **redaktionelle Zuschriften** an **Dr. Wachler,** Berlin W. 30, Luitpoldstraße 46.	**Bestellungen, Zahlungen, Anzeigen, geschäftliche Anfragen u. s. w.** an den Verlag von **Gose & Tetzlaff** in Berlin W. 57, Dennewitzstraße 32.

Bezugspreis: Vierteljährlich (6 Hefte) für das Deutsche Reich Mk. 3,—, für Österreich 3 K. 60 H., für das übrige Ausland Mk. 3,50.

Einzelne Hefte 60 Pf. = 72 H. ö. W.

Probehefte kostenfrei durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag.

Unsere Leser bitten wir, die von uns vertretenen Bestrebungen durch Empfehlung und Verbreitung der „Deutschen Zeitschrift" freundlich zu fördern und zum Zwecke des Versandes von Probeheften dem Verlag von Gose & Tetzlaff in Berlin W., Dennewitzstr. 32 geeignete Adressen mittheilen zu wollen.

Man wolle ferner in Gasthäusern, Restaurants, Cafés, Pensionen, an Bahnhöfen, in Lesezimmern immer wieder die „Deutsche Zeitschrift"